



16.3993

**Motion Noser Ruedi.
Regelmässige Hinterfragung
der Staatsbeteiligungen**

**Motion Noser Ruedi.
Examen systématique
des participations de l'Etat**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.03.17

16.3991

**Postulat Noser Ruedi.
Keine Wettbewerbsverzerrungen
durch staatliche Beihilfen**

**Postulat Noser Ruedi.
Eviter que les aides d'Etat
faussent la concurrence**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.03.17

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Auf Wunsch von Herrn Noser und im Einverständnis mit Herrn Bundesrat Schneider-Ammann behandeln wir die Motion 16.3993 und das Postulat 16.3991 gemeinsam. – Sie sind damit einverstanden.

Der Bundesrat beantragt, Motion und Postulat abzulehnen.

Noser Ruedi (RL, ZH): Danke, dass man das so machen kann! Es wird sicherlich schneller gehen. In der letzten Woche bin ich ja darauf hingewiesen worden, dass in dieser Woche das Thema schon traktandiert sei. So kann es sicherlich schneller gehen. Ich äussere mich also gleich zu beiden Vorstössen. Auch wenn sie inhaltlich nicht identisch sind, geht es um das gleiche Thema.

Man hat mir in der letzten Woche in diesem Saal Ideologie vorgeworfen. Das trifft in einem gewissen Sinn durchaus zu: Mir geht es darum, dass die Marktwirtschaft und der freiheitliche Handel ernst genommen werden. Bekanntlich – vielleicht wird mich der Präsident dann für diesen Satz massregeln – gehöre ich ja einer Partei an, die für Marktwirtschaft steht und nicht für die Überwindung des Kapitalismus.

AB 2017 S 93 / BO 2017 E 93

Das Ziel meiner beiden Vorstösse ist es, einen Überblick zu gewinnen und Transparenz zu schaffen; beides fehlt heute nämlich. Es geht dabei nicht um eine buchhalterische Auflistung bis zum letzten Franken, sondern um die grossen Linien. Damit lässt sich auch der Aufwand in Grenzen halten. Allerdings spielen in unserem föderalistischen Staat die Kantone und die Gemeinden eine wesentliche Rolle, vermutlich gar eine grössere Rolle als der Bund. Mit der Schaffung eines Überblicks würde jedoch nicht in die Souveränität der Kantone eingegriffen. Die Kantone werden nämlich durch Artikel 94 der Bundesverfassung ohnehin direkt verpflichtet, die





privatwirtschaftliche Orientierung zu beachten. Zudem haben verschiedene Kantone bereits solche Berichte verfasst; meines Wissens sind es 14 Berichte, die man relativ schnell konsolidieren könnte.

Der Bundesrat betont in seiner Stellungnahme, dass er sich einer liberalen Ausrichtung verpflichtet fühle – dafür danke ich ihm – und in einzelnen Fällen auch danach handeln werde. Das ist gut und begrüssenswert. Dies bringt aber keine Gesamtschau. Und es setzt unsere Politik auch nicht in ein Verhältnis zu Artikel 94 oder auch Artikel 95 der Bundesverfassung. Leider hat Ihr Kollege, Herr Bundesrat Ueli Maurer, zu diesen Bestimmungen in der letzten Woche keine Stellung genommen. Ich bin gespannt zu hören, ob das Wirtschaftsministerium hierzu einen Beitrag leisten kann.

Im Kern geht es darum aufzuzeigen, wie Beihilfen und auch Staatsbeteiligungen den Wettbewerb beeinflussen. Das muss direkt angesprochen werden. Es kann ja durchaus sein – diesbezüglich möchte ich auch zu Kollege Levrat eine Brücke bauen –, dass es gute Gründe für solche Beihilfen gibt. Es kann ja sein, dass der Wettbewerb in einem Gebiet schlicht und einfach nicht funktioniert und ein Marktversagen vorliegt. Da habe ich überhaupt nichts dagegen, dass es Beihilfen gibt. Meiner Ansicht nach muss man das Marktversagen aber sauber aufzeigen, und es muss auch bewiesen sein. Das sage ich nicht zuletzt – damit lege ich auch meine Interessenbindung offen – als Präsident der Wettbewerbskommission von Economiesuisse. Genau aus diesem Grund wäre es schon wichtig, dass wir in unserem Land überhaupt ein gemeinsames Verständnis darüber hätten, was "Beihilfen" eigentlich sind; das wäre bereits sehr hilfreich, gerade auch, was die Kantone und Gemeinden betrifft.

Es geht um viel mehr als nur um finanzielle Beiträge, es geht auch um verzerrende Regulierungen. Beispiele habe ich ja in der Begründung meiner Motion erwähnt; ich verzichte jetzt aufgrund der knappen Zeitverhältnisse darauf, solche noch einmal aufzuzählen. Hier wäre Klarheit zu schaffen. Man sollte das nicht nur als Hindernis sehen, sondern es würde dazu dienen, in unserem Land eine ausführliche Diskussion über die Chancen und Risiken solcher Beihilfen zu führen. Oder wollen Sie warten – ich will nicht wiederholen, was ich letzte Woche gesagt habe –, bis die Frage bei der OECD oder der WTO oder bei der Verhandlung von internationalen Verträgen aufkommt?

Bei der Überprüfung der Beihilfen ist es auch wichtig, die möglichen Risiken aufzuzeigen. In der Vergangenheit haben verschiedene Kantone diesbezüglich mit ihren Kantonalbanken ja schmerzhaft Erfahrungen gemacht, und aktuell zeigt die Elektrizitätswirtschaft ähnliche Probleme. Ich betone, es geht hier nicht um eine Privatisierungsdebatte, aber es geht darum, dass wir in unserem Land Transparenz haben.

Ich ging natürlich davon aus, dass der Bundesrat meinen Vorstoss mit wehenden Fahnen entgegennimmt, und war etwas überrascht zu sehen, dass der Bundesrat meine Motion zur Ablehnung empfiehlt und diese Transparenz nicht will. Natürlich können Sie hier der Bundesratsempfehlung folgen, das ist Ihre Freiheit. Aber es ist auch wichtig festzuhalten, dass wir die Diskussion so oder so führen müssen, wir werden nicht darum herumkommen. Spätestens wenn Dinge wie neue Verträge mit der EU zur Debatte stehen, wird das Thema sehr akut.

Darum bitte ich Sie, nicht der Empfehlung des Bundesrates zu folgen, sondern das Postulat 16.3991 anzunehmen. Damit beweisen Sie, dass die Orientierung an der Privatwirtschaft nicht eine Sonntagspredigt, ein Lippenbekenntnis und leeres Geschwätz ist, sondern eben etwas, was Sie ernst nehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen, dass ich die Motion 16.3993 zurückziehe. Das heisst, dass wir also nur über das Postulat 16.3991 abstimmen müssen.

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Die Motion 16.3993 ist zurückgezogen worden.

Caroni Andrea (RL, AR): Ich äussere mich nur zum noch nicht zurückgezogenen Postulat. Ich befürworte es und unterstütze den Vorstoss von Kollege Noser. So wertvoll ein funktionierender Wettbewerb ist, so schädlich sind seine Verzerrungen. Mir gefallen an diesem Postulat seine drei Aspekte, die zusammen eine Gesamtschau geben.

Sein erster Punkt sind Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen mit längeren Spiessen. Hierzu wurden bereits zwei Postulate angenommen. Ich hatte damals im Nationalrat eines davon vertreten, Kollege Schilliger ein anderes. Beide wurden angenommen. Der Bericht ist im Entstehen. Von dem her hätte ich gedacht, dass der Bundesrat zumindest hier Hand bieten würde, weil er ja diese Aufgabe ohnehin machen muss.

Der zweite der drei Punkte sind die Beihilfen an Private in Form von finanziellen Zustüpfen oder auch von Steuervergünstigungen. Auch hierzu gibt es zwei Postulate von den gleichen zwei Personen. Allerdings ist meines der Zeitguillotine zum Opfer gefallen, das von Kollege Schilliger wird wahrscheinlich in diesem August dasselbe Schicksal erleiden. Deswegen begrüsse ich es, dass zu dieser Frage nun im schnelleren Rat ein



Postulat aufs Tapet und auf unsere Agenda kommt.

Zu diesem Punkt ist die Stellungnahme des Bundesrates etwas mutlos. Er sagt, es fehle an einem einheitlichen Begriff der Beihilfen, man müsste die Kantone beiziehen und ohnehin seien die Mittel der Verwaltung knapp. Nun, zum Begriff: Es wäre ja, wie es Herr Noser sagt, gerade Aufgabe eines solchen Berichtes, hier Klarheit zu schaffen. Zu den Kantonen kann ich nur sagen: Dann soll man sie halt für die Gesamtschau einbeziehen. Es wäre ja nicht das erste Mal in der Geschichte unseres Landes, dass man über die drei Ebenen zusammenwirkt. Schliesslich zu den Mitteln der Verwaltung: Es gibt mehrere Vorstösse auf der heutigen Agenda, wo ich eine Formulierung finde, die schon fast wie ein Textbaustein wirkt. Ich hoffe, dass wir nun nicht per Makro in jedem Vorstoss am Schluss noch diesen leicht maliziösen Satz der Bundesverwaltung finden, man würde es gerne tun, nur hätten wir halt gerade die Mittel gekürzt. Und ohnehin gibt es ja nichts Effizienteres als einen Vorstoss, der dazu führt, dass der Wettbewerb gestärkt wird. Ich frage mich, ob der wahre Grund vielleicht eher in etwas liegt, was Kollege Noser ebenfalls ansprach, nämlich dass man keine Transparenz will, um sich international nicht zu exponieren. Aber wie man so schön sagt, ist Tageslicht das beste Desinfektionsmittel. Das gilt auch für Wettbewerbsverzerrungen.

Das dritte Thema, das Kollege Noser erwähnte, ist noch in keinem der erwähnten Postulate drin, nämlich die Abrundung. Er will auch alle anderen Verzerrungen aufgedeckt haben, namentlich durch spezielle Regulierungen. Er macht viele Beispiele dazu. Dieses Ansinnen ist, soweit es Staatsbetriebe betrifft, ähnlich wie der erste Punkt. Ich würde noch weiter gehen oder es so präzisieren, dass auch Verzerrungen unter Privaten darzustellen wären.

Wenn man alles zusammennimmt, kommt eine umfassende Beleuchtung von Wettbewerbsverzerrungen in diesem Land heraus. Geschätzter Herr Bundesrat, einen Teilauftrag davon haben Sie ja schon gefasst und sind an der Arbeit. Nehmen Sie nun doch auch diese Ergänzung an, zum Wohle unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Levrat Christian (S, FR): Monsieur Noser, j'espère bien que vous ne serez pas sanctionné pour vos écarts de langage. Il faut récompenser la créativité en politique et vous faites preuve d'une belle créativité en posant la même question à trois conseillers fédéraux différents: à la session d'hiver 2016, à Madame Doris Leuthard, dans le cadre de la privatisation de Swisscom, la semaine dernière, dans le cadre d'un objet très proche de celui-ci, à Monsieur Ueli Maurer et,

AB 2017 S 94 / BO 2017 E 94

cette fois-ci, vous tentez votre chance auprès de Monsieur Johann Schneider-Ammann. Il n'y a pas de raison de récompenser une telle créativité dans la formulation des questions, qui vous garantit à chaque fois un interlocuteur différent. J'espère simplement pour le Conseil fédéral que la réponse sera la même les trois fois, à savoir: "Non", car vous posez une question qui est extrêmement proche de la précédente. D'ailleurs, elle soulève les mêmes problèmes en matière de fédéralisme puisque vous abordez des questions qui relèvent de l'autonomie cantonale, notamment lorsque vous vous en prenez aux compagnies publiques d'assurance des bâtiments. Là encore, j'ai envie de reprendre ce que je vous disais la dernière fois. Laissez le peuple fribourgeois décider s'il considère que l'Etablissement cantonal d'assurance des bâtiments (ECAB) est bon pour lui. Il n'a pas besoin du bailli fédéral pour décider de l'avenir de l'ECAB!

Après une présentation, en fait, assez sympathique, de votre motion, avec des exemples concrets, je reprends les points que vous mentionnez: interdiction de circuler la nuit pour les camions, qui ne s'applique pas à la Poste, mais à ses concurrents; compagnie publique d'assurance des bâtiments; obligations fiscales des CFF et de la Poste; redevance radio-TV; interdiction du cabotage pour les bus longue distance face aux CFF.

Nous sommes donc au coeur du programme de libéralisation et de privatisation que vous défendez. Vous avez le droit de le faire, comme nous avons le droit, sans être partisans d'une économie planifiée, de considérer que ce sont des services publics, des infrastructures d'intérêt général, qui méritent une protection qui constitue, pour la plupart de nos entreprises, une des clés du succès du "Standort Schweiz", à savoir du maintien de la qualité des infrastructures publiques que nous proposons à nos entreprises.

Je vous invite à réserver à cette motion le même sort que celui que nous avons réservé au postulat similaire qui avait été proposé à la sagacité de Monsieur le conseiller fédéral Ueli Maurer la semaine dernière.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Ich bleibe auf der Linie meiner Kollegin und meines Kollegen mit der Empfehlung, das Postulat sei abzulehnen. Selbstverständlich bin ich meinerseits sehr daran interessiert, dass der Wettbewerb funktioniert; das wissen Sie. Selbstverständlich ist Transparenz ein wichtiges Kriterium, um Wettbewerb funktionieren lassen zu können. Da ist in erster Linie natürlich die Weko angesprochen. Es wurde richtigerweise gesagt, es könne auch sein, dass wir bei uns in einer gewissen Naivität die Transparenz



so herstellen, dass vor allem Dritte davon profitieren, wenn sie uns beurteilen, wir umgekehrt aber nicht. Wir befinden uns in einem Wettbewerb, auch in einem Standortwettbewerb, auch wenn es um Wirtschaftssubjekte geht, die Fördermittel erhalten.

Nun, wir machen Ihnen die Ablehnung auch deshalb schmackhaft, weil tatsächlich die drei Ebenen angesprochen sind. In der Motion – Herr Noser, ich weiss, dass Sie sie zurückgezogen haben! – wird auch von wiederholtem, von regelmässigem Transparenz-Verschaffen gesprochen. Sie glauben mir vielleicht nicht, wie aufwendig diese Aufgabe ist. Wir haben die Aufgabe ja bereits und sind daran, sie zu erfüllen. Ich will nicht mit Baukastenelementen operieren: Es muss einfach auch hier drin möglich sein, Ihnen zu sagen, dass wir liefern. Aber weil man uns die Kapazitäten limitiert, steht die Lieferung nicht ohne Weiteres am nächsten Tag zur Verfügung, sondern es braucht Zeit. Diese Geduld müssen Sie aufbringen.

Damit ist gesagt, dass das Anliegen erkannt ist und grundsätzlich geteilt wird: Wettbewerb muss gefördert werden. Aber wir versuchen selbstverständlich auch, smart zu bleiben, uns nicht unnötig vor der Konkurrenz zu entblößen und ihr dadurch Vorteile zu gewähren. Das kann nicht die Idee sein.

16.3993*Zurückgezogen – Retiré***16.3991***Abstimmung – Vote*

Für Annahme des Postulates ... 10 Stimmen

Dagegen ... 31 Stimmen

(0 Enthaltungen)